

BASis Info 1/2013

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

SPD

01.02.2013



Liebe Leserin, lieber Leser,

spannender hätte der Start ins Wahljahr 2013 kaum sein können. Die Landtagswahl in Niedersachsen hat mehr geboten als so mancher „Tatort“. Erst um halb zwölf endete das Kopf-an-Kopf-Rennen mit einem Foto-Finish für Rot-Grün, aber Mehrheit ist Mehrheit. Schwarz-Gelb hat die zwölfte Landtagswahl in Folge verloren, der Trend geht in Richtung Rot-Grün.

Ab 1. März haben SPD und Grüne eine Gestaltungsmehrheit im Bundesrat. Mit dieser werden wir die Politikwende vorantreiben. Bereits im Mai 2010 hatte Schwarz-Gelb die eigene Bundesratsmehrheit verloren. Die SPD-geführten Ländern haben seitdem verantwortungsbewusst im Interesse des ganzen Landes entschieden: Zum Beispiel bei der Reform der Regelsätze Anfang 2011, bei der wir eine Entlastung der Kommunen im Umfang von 4 Milliarden Euro für die Grundsicherung im Alter durchgesetzt haben. Jetzt wollen wir im Bundesrat mit neuen Initiativen versuchen, die Einführung des Betreuungsgeldes

zu stoppen, einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro einzuführen oder die gesetzlichen Regelungen des Kreditwesens im Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug zu verschärfen.

Eine ganz wichtige Erkenntnis aus der Niedersachsen-Wahl ist, dass die Menschen endlich wieder Lösungen für die Themen wollen, die ihnen unter den Nägeln brennen: Gute Arbeit mit fairen Löhnen zum Beispiel. Oder Steuergerechtigkeit, Bankenregulierung, Altersarmut, Mietpreise und meine Schwerpunktthemen Gesundheit und Pflege. Ich freue mich natürlich, dass diese Themen im Mittelpunkt unseres Wahlprogramms stehen werden. Mit dem Projekt Zukunft der SPD-Bundestagsfraktion und dem Bürger-Dialog der SPD haben wir in den vergangenen Monaten viele wichtige Anregungen von den Bürgerinnen und Bürgern aufgenommen. Am 14. April wird das Programm beim SPD-Bundesparteitag in Augsburg verabschiedet werden.

Gestern hat sich der Koalitionsschuss auf den 22. September als Termin für die

Bundestagswahl 2013 geeinigt. Die Zustimmung von Bundesregierung und Bundespräsident in den nächsten Wochen dürfte folgen.

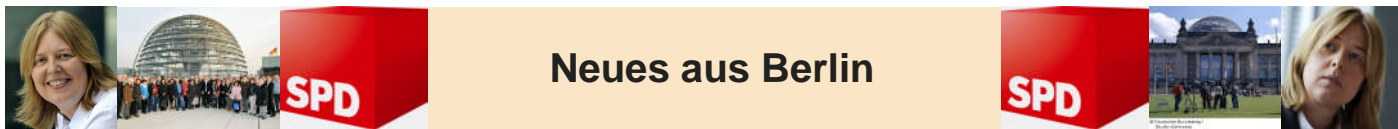
Der Wahlkampf hat bereits begonnen und seit der Niedersachsen-Wahl weiß auch Frau Merkel: Die Popularität eines Regierungschefs schützt vor Wahlniederlagen nicht, wenn die Regierung eine lahme Ente ist. Peer Steinbrücks Start als Kanzlerkandidat hätte sicher besser verlaufen können. Das hat er selbst eingeräumt und Besserung gelobt. Wahr ist aber auch, dass an ihn eigenartige Maßstäbe angelegt worden waren. Doch das ist alles Schnee von gestern.

Peer hat bei seiner Berliner Parteitage-rede am 9. Dezember deutlich betont: „Wir brauchen mehr WIR, weniger ICH“. Und was wir auch bei der Landtagswahl in Niedersachsen erkennen konnten: Wenn jede Stimme zählt, gehen die Menschen auch zur Wahl.

Herzliche Grüße

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'B.B.' with a flourish.

Bärbel Bas



STICHWORT: HIV/AIDS

Drei Jahrzehnte intensiver medizinischer Forschung und erfolgreicher Präventionsarbeit haben dazu geführt, dass HIV/AIDS in Deutschland ein neues Gesicht bekommen hat. Aus einer unmittelbar tödlichen Krankheit ist eine schwere chronische Erkrankung geworden. HIV-Positive haben heute statistisch annähernd die gleiche Lebenserwartung wie HIV-Negative. Darüber hinaus hat sich ein breites Netzwerk an Selbsthilfeorganisationen, Stiftungen und Verbänden herausgebildet, das Betroffene und deren Angehörige unterstützt.

Die Aufklärung in Deutschland ist vorbildlich, wir dürfen aber jetzt auf keinen Fall die Hände in den Schoß legen. Deshalb habe ich als zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion eine Kleine Anfrage initiiert. Wir fragten, wie die Bundesregierung die Entwicklung der HIV-Neuinfektionen beurteilt und wie sie die erfolgreiche Präventionsarbeit weiterentwickeln will. [Mit einem Klick hier kommen Sie direkt zu unserer Kleinen Anfrage und zur Antwort des Bundesgesundheitsministeriums.](#)

In dieser Antwort wird deutlich, dass die Bundesregierung weitestgehend die Ansätze weiter verfolgt hat, die unter Ulla Schmidt angelegt wurden. Die Präventionsausgaben aus dem Bundeshaushalt sinken aber leicht seit 2009, während sie in den

2000er Jahren noch deutlich angestiegen waren. So erhielt zum Beispiel die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) 2012 mit 12,35 Millionen Euro knapp eine Million weniger als noch 2009 für ihre Arbeit im Bereich HIV/AIDS.

Ein wichtiges Indiz für die Erfolge der Präventionsarbeit ist die Zahl der Neudiagnosen. Sie liegt seit 2006 stabil bei rund 3000 – einem im internationalen Vergleich sehr niedrigen Wert. In der besonders betroffenen Risikogruppe der Männer, die Sex mit Männern haben, gibt es laut Bundesregierung verschiedene Erklärungsmuster für die nicht sinkende Zahl der Neuinfektionen. Durch die Erfolge bei der Behandelbarkeit könnte es zu einer veränderten Risikowahrnehmung gekommen sein. Zudem gibt es eine wachsende Bedeutung von Ko-Infektionen mit anderen sexuell übertragbaren Krankheiten. Besonders bei Hepatitis C und Syphilis gibt es Erkenntnisse, dass eine Infektion auch die Ansteckung mit HIV wahrscheinlicher macht.

Wir dürfen die Gefahren einer HIV-Infektion nicht auf die leichte Schulter nehmen, das würde alle Erfolge gefährden. Heute sind rund 80.000 Menschen in Deutschland HIV-infiziert oder bereits AIDS-krank. Deren Chance auf ein gutes Leben hat sich deutlich verbessert. Die Herausforde-

rung besteht darin, diese Menschen ohne Diskriminierung und Ängste an unserer Gesellschaft, an Arbeit und Alltag teilhaben zu lassen.

In unserer Nachbarschaft jenseits der EU-Ostgrenze hingegen hat die Epidemie längst nicht ihren Höhepunkt erreicht. Geschätzte 1,5 Millionen HIV-Positive leben heute laut UNAIDS in Osteuropa und Zentralasien. Von der Situation auf dem afrikanischen Kontinent ganz zu schweigen. Neben dem humanitären Aspekt gibt es in der globalisierten Welt mehr als genug handfeste Gründe, warum wir unseren Nachbarn bei der Prävention und der Bekämpfung von HIV und AIDS helfen sollten.

Auf die HIV/AIDS-Prävention kommen neue Aufgaben zu, wir müssen unser erfolgreiches Instrumentarium erweitern. Vor diesem Hintergrund sind die Haushaltskürzungen der Bundesregierung im Bereich HIV/AIDS der falsche Weg. So lässt sich die Präventionsarbeit kaum an die Bedingungen des längeren Lebens mit HIV/AIDS anpassen. Auch neue Entwicklungen, wie der Umgang von Jugendlichen und Migrantinnen und Migranten mit HIV/AIDS, müssten berücksichtigt werden. Unser gemeinsames Ziel war, ist und bleibt, die Bekämpfung von HIV und AIDS in Deutschland mit aller Entschlossenheit fortzuführen.

**IHRE IDEEN FÜR EINE MODERNE
GESCHLECHTERPOLITIK!**
Mitmachen auf debatten.spdfraktion.de



FOTO: SIMONTHON / PHOTOCASE.COM

Solidaritätsbrief für Helios-Beschäftigte

Die Helios Kliniken GmbH entlässt in Duisburg nach Medienberichten 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in der Probezeit. Sie waren zur Entlastung in der Patientenversorgung eingestellt worden. Ich habe mich am vergangenen Dienstag mit einem Solidaritätsbrief an die Mitarbeitervertretung der Helios Kliniken Duisburg gewandt und in meinem Brief deutlich gemacht:

Die Arbeit im Krankenhaus erfordert im pflegerischen wie im ärztlichen Bereich eine besondere Qualifikation und Motivation. Patienten werden mit hohem persönlichen Ein-

satz versorgt. Viele Kolleginnen und Kollegen in der Pflege und der medizinischen Versorgung gehen im Schicht- und vor allem im Bereitschaftsdienst an ihre Belastungsgrenzen - und sogar darüber hinaus. Um so schwerer wiegt es, wenn dringend benötigtes Personal aus wirtschaftlichen Gründen entlassen wird. Für die betroffenen Beschäftigten ist dies besonders hart, wenn sie aus ungekündigten Arbeitsverhältnissen gekommen sind.

[Meinen Solidaritätsbrief an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden Sie mit einem Klick hier.](#)

Ärztekonflikte nicht auf dem Rücken der Versicherten austragen

Zur Ankündigung von Duisburger HNO-Ärzten, freitags keine Kassenpatienten mehr zu behandeln, habe ich erklärt: Der Sicherstellungsauftrag bei der ärztlichen Versorgung gilt auch für HNO-Ärzte und auch an Freitagen. Die HNO-Ärzte dürfen ihre Auseinandersetzung mit der Kassenärztlichen Vereinigung nicht auf dem Rücken der gesetzlich Krankenversicherten austragen. Ich fordere die HNO-Ärzte auf, sich zu besinnen und diese Form des Protests aufzugeben. [Mit einem Klick kommen Sie zu meiner kompletten Stellungnahme.](#)

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++01.02.: Karnevalsfeier der SPD Asterlagen in der Traditionsgaststätte „Nellen Krause“+++

+++02.02.: Theaterpremiere "Der Diener zweier Herren" / Trotzdem e.V. in der Aula des Krupp-Gymnasiums+++

+++14.02.: IG Bau-Senioren: Diskussion zum Thema „Rente muss zum Leben reichen“ im DGB-Haus+++

+++14.02.: Verleihung des Apothekensiegels in der Malteser Apotheke Kuchler (Vonder-Mark-Str. 94) +++

+++18.02.-22.02. + 25.02.-01.03.: Sitzungswochen des Deutschen Bundestages+++

+++23.02.: Frühstück der ASF Rumeln-Kaldenhausen im „Stellwerk Hof“+++

[+++www.baerbelbas.de+++](http://www.baerbelbas.de)



Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. Das war das Ende der ersten deutschen Demokratie und der 30. Januar ist bis heute ein Datum, das alle Demokraten zum Widerstand gegen die Feinde der Demokratie mahnt. Demokratie ist kein Zustand, sondern bleibt immer Aufgabe. Deshalb hat der Deutsche Bundestag am Mittwoch eine Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus abgehalten. Zu Gast war die Publizistin Inge Deutschkron, die den Holocaust im Berliner Untergrund überlebt hatte.

Wir Sozialdemokraten haben heute unseren Antrag „Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern zur Verfassungswidrigkeit der NPD“ im Bundestag beraten und auch NRW-Innenminister Ralf Jäger hat dazu im Plenum geredet. Wir appellieren noch einmal dringend an Bundesregierung und Koalitionsfraktionen, beim NPD-Verbot nicht mehr auszuweichen. Die NPD ist rassistisch, menschenverachtend und sie missbraucht ihren legalen Status für illegale Ziele. Höchste Zeit, dass wir handeln.



Praktikantin des Monats

war im Januar die 15-jährige Marielle Jurga aus Bergheim. Die Schülerin des Krupp-Gymnasiums wollte bei ihrem Schulpraktikum etwas machen, „das mich auch wirklich interessiert“. Marielles Praktikumsbericht lesen Sie hier.

Neues aus meinem Tagebuch

50 Euro zahlen wir Abgeordneten bei unentschuldigter Nichtteilnahme an einer namentlichen Abstimmung. So weit, so fair. Jetzt wollte die Bundestagsverwaltung mir 50 Euro abziehen, weil ich angeblich bei der Abstimmung über die „Neuausrichtung der Pflegeversicherung“ am 29. Juni gefehlt habe. Von wegen! Ich nehme meinen Job ernst und habe natürlich gegen das Mini-Reförmchen („Mini-Bahr“) gestimmt. Des Rätsels Lösung: Die Mitarbeiterin in der Verwaltung war in der Zeile verrutscht.

Am 21. Dezember 2012 hat der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zum Lärmschutz in Neudorf einen Ortstermin in meinem Wahlkreis gemacht. Zurück in Ber-

lin ist meinem CDU-Kollegen Gero Storjohann aufgefallen, dass er seine Mütze in Duisburg verloren haben könnte. Seinen Humor hat er offenbar nicht verloren und scherzte bei seinem Anruf: „Ohne Mütze bekomme ich schnell rote Ohren und das passt nicht zu mir als CDU-Mann.“

Die Debatte über einen „Bericht zur Umsetzung der Spezialisierten Ambulanten Palliativversorgung (SAPV)“ musste der Gesundheitsausschuss am Mittwoch auf die nächste Sitzung schieben. Meine schriftlichen Fragen dazu muss die Bundesregierung aber jetzt schon bearbeiten. Sie können die Fragen auch jetzt schon lesen in der Rubrik „Bas fragt nach“ auf www.baerbelbas.de.



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

Impressum

V.i.S.d.P.: Bärbel Bas
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. : 030 / 227 75607

Fax: 030 / 227 76607

baerbel.bas@bundestag.de

www.baerbelbas.de